REUTERS

Mandela

SÜDAFRIKA

Zielgeräte für Syrien?

Präsident Nelson Mandela hat den Versuch der Regierung in Washington, einen geplanten Waffendeal Südafrikas mit Syrien zu stoppen, als Angriff auf die Souveränität seines Landes gerügt: „Die Feinde der westlichen Länder sind nicht unsere Feinde“, grollte Mandela. Die US-Regierung, die Syrien zu den terroristischen Staaten zählt, hatte damit gedroht, Hilfsgelder in Höhe von 170 Millionen Mark einzufrieren, falls Südafrika Feuerleitsysteme und Laser zur Zielbeleuchtung für Panzer an den Erzfeind Israels verkaufen sollte. Für Mandela gehört Syrien neben Kuba und Libyen jedoch zu den Verbündeten, die seiner Befreiungsbewegung in ihrem langen Kampf gegen das Apartheid-Regime geholfen haben. Wichtiger noch als alte Freundschaften ist der Wert der syrischen Bestellung: etwa eine Milliarde Mark. Vermittelt hat den Deal der staatliche Konzern Armscor, der in den siebziger und achtziger Jahren eng mit Israel zusammenarbeitete. Auch die jetzt so umstrittenen Waffentechnologien, produziert von der Firma Denel, mit denen Syrien seine russischen Panzer vom Typ T-72 modernisieren will, sollen ein Resultat jener geheimen Rüstungskooperation sein.

USA

Suche nach neuen Gegnern

Im US-Verteidigungsministerium stehen Bedrohungsszenarien derzeit hoch im Kurs. Um möglichen Haushaltskürzungen vorzubeugen, haben die Militärs Wissenschaftler beauftragt, die Gegner von morgen zu identifizieren. So rät eine Geheimstudie der Luftwaffenuniversität auf der Maxwell Air Force Base, gegen eine neue asiatische Supermacht mit dem Codenamen „Khan“ aufzurüsten. Der Entwurf, der derzeit in Führungskreisen der Luftwaffe zirkuliert, warnt kaum verklausuliert vor einem China, das schon in der zweiten Dekade des kommenden Jahrtausends militärisch mit den USA gleichgezogen haben könnte. Eine andere Studie empfiehlt der westlichen Vormacht, sich für „Gullivers Reisen“ zu wappnen. In diesem Szenario müssen die USA rund um den Globus regionale Brandherde löschen. Damit die GIs schneller reisen als Jonathan Swifts Romanheld, entwickelt der Rüstungsgigant Lockheed Martin im Pentagon-Auftrag bereits ein „außeratmosphärisches Fahrzeug“, einen Weltraumrenner, der Eingreiftruppen in entlegenste Weltregionen transportieren soll. Die Studien sollen Argumente liefern beim Kampf um die Verteilung von 260 Milliarden Verteidigungsdollar. Das ist nur ein Viertel weniger als während der Hochrüstung unter Präsident Ronald Reagan. Clintons Haushaltsdirektor Franklin Raines versicherte dennoch den Militärs: „Wir werden eure Kaufkraft erhalten.“ Doch die wollen ihr Budget sogar verdoppeln. Luftwaffenstabschef General Ronald Fogleman sieht dafür derzeit gute Chancen: „Macht euch keine Sorgen um den Haushalt“, versicherte er unlängst ranghohen Stabsoffizieren, „der Kongreß ist uns freundlich gesinnt.“

D. BURNETT / CONTACT / AGENTUR FOCUS

Pentagon in Washington

FRANKREICH

Feind Amerikas

Der Clinton-Regierung und insbesondere dem wohl künftigen US-Botschafter in Bonn, John Kornblum, ist Frankreichs Außenminister Hervé de Charette ein Ärgernis. Der Adlige hat die Amerikaner mit seinem Beharren auf einer Europäisierung der Nato und vor allem durch Spott über das US-Interesse an Afrika verstimmt. Als Pariser US-Diplomaten nach Hause meldeten, Chirac wolle sein Kabinett umbilden, geriet de Charette prompt unter Beschuß. Der Sprecher des State Department, Nicolas Burns, nannte den Franzosen „flegelhaft“. Die Hoffnung Washingtons, Chirac werde den „Feind Amerikas“ (LIBÉRATION) ersetzen – amerikanischer Wunschkandidat: Ex-Verteidigungsminister François Léotard –, trog. Ein Elysée-Beamter: „Der Präsident hält an de Charette fest.“

SUDAN

Islamisten unter Druck

Die jüngsten Erfolge der schwarzafrikanischen Rebellenarmee SPLA bringen die islamistische Militärjunta in der Hauptstadt Khartum in Bedrängnis. Die mit Raketenwerfern ausgerüsteten Truppen von John Garang überrannten vergangene Woche mehrere Garnisonen der sudanesischen Armee nahe der äthiopischen Grenze. Nach dem Fall der Stadt Kurmuk setzten die Rebellen ihren Vormarsch in Richtung Damasin fort; damit bedrohen sie auch den benachbarten Roseires-Staudamm am Blauen Nil, der für die Stromversorgung des größten afrikanischen Flächenstaats von entscheidender Bedeutung ist. Zugleich stießen bewaffnete Einheiten der arabisch-sudanesischen Opposition von Stützpunkten in Eritrea aus nach Westen und Norden vor, um die Straßen- und Eisenbahnverbindung zwischen Khartum und der Hafenstadt Port Sudan zu unterbrechen. Die Offensive bewog Sudans Präsident Umar el-Baschir zu einem verzweifelten Schritt: Er schickte seinen Stellvertreter nach Ägypten, um bei dem ungeliebten Nachbarn „im Interesse der gemeinsamen arabischen Sache“ Waffenhilfe zu erbitten. Der Erfolg der Mission ist fraglich: Kairo beschuldigt das sudanesische Regime, am Attentat auf Präsident Husni Mubarak 1995 beteiligt gewesen zu sein und ägyptische Terroristen auszubilden.